

21.2 Sprache  
Politik  
Gesellschaft

Thomas Niehr, Jörg Kilian und Martin Wengeler (Hrsg.)

# Handbuch Sprache und Politik

Band 2



BUSKE

Handbuch Sprache und Politik  
Band 2

# Sprache – Politik – Gesellschaft

herausgegeben von

Heidrun Kämper, Jörg Kilian  
und Kersten Sven Roth

Band 21.2



BUSKE

# Handbuch Sprache und Politik

herausgegeben von

Thomas Niehr, Jörg Kilian und Martin Wengeler

in 3 Bänden

Band 2



BUSKE

Im Digitaldruck „on demand“ hergestelltes, inhaltlich mit der ursprünglichen, 2017 im Dr. Ute Hempen Verlag erschienenen Ausgabe identisches Exemplar. Wir bitten um Verständnis für unvermeidliche Abweichungen in der Ausstattung, die der Einzelfertigung geschuldet sind. Weitere Informationen unter: *www.buske.de/bod*

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

ISBN (BoD) 978-3-96769-436-9  
ISBN (eBook-PDF) 978-3-96769-443-7

© 2024 Helmut Buske Verlag GmbH, Hamburg. Alle Rechte vorbehalten. Dies gilt auch für Vervielfältigungen, Übertragungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, soweit es nicht §§ 53 und 54 UrhG ausdrücklich gestatten.  
Umschlaggestaltung: J. Böning / R. Fischer, Kunsthochschule Wandsbek, Bremen. Druck und Bindung: Books on Demand, Norderstedt.  
Printed in Germany.

## **Inhalt Band 2**

4.	Forschungsgegenstände/Beispielanalysen: Empirische Politolinguistik	
4.1.	Diskurse (Ekkehard Felder/Katharina Jacob)	389
4.1.1.	Risikodiskurse (Jana Tereick)	407
4.1.2.	Moralische Diskurse (Karin Böke)	419
4.1.3.	Metaphern in Diskursen (Andreas Musolff)	450
4.1.4.	Akteure/Institutionen (Franz Januschek)	464
4.2.	Gesprächssorten (Dorothee Meer)	484
4.2.1.	Plenardebatten (Armin Burkhardt)	508
4.2.2.	Politische Interviews (Daniel Düring)	532
4.2.3.	TV-Diskussionen/Politische Talkshows (Adi Grewenig)	553
4.2.4.	Interaktionsformen im Internet (Jens Runkehl)	576
4.3.	Textsorten (Heiko Girth)	597
4.3.1.	Wahlplakate (Steffen Pappert)	607
4.3.2.	Wahlspots (Stephan Habscheid/Horatiu Rumann)	627
4.3.3.	Slogans (Elke Donalies)	651
4.3.4.	Parteiprogramme (Josef Klein)	664
4.3.5.	Reden (Jan C. L. König)	687
4.3.6.	Flugblätter (Christiane Caemmerer)	710
4.3.7.	Politische Nachrichten und Kommentare (Martin Luginbühl)	732
4.4.	Sprachhandlungen (Bettina Bock)	752
4.4.1.	Um Begriffe kämpfen (Josef Klein)	773
4.4.2.	Kaschieren und verschleiern (Iris Forster)	794
4.4.3.	Eigenes und Fremdes konstruieren (Anja Lobenstein-Reichmann)	811
4.4.4.	Argumentieren in Einzeltexten (Walther Kindt)	833
4.4.5.	Argumentieren in Diskursen (Constanze Spieß)	860
4.4.6.	Imagearbeit (Werner Holly)	882

## **Inhalt Band 1**

Vorwort .....	VII
1. Geschichte der Politolinguistik	
1.1. Varietätenlinguistische Einordnung (Christian E fing) .....	3
1.2. Rhetorik als Vorläufer (Manfred Kienpointner) .....	20
1.3. Politiksprachforschung vor 1980 (Walther Dieckmann) .....	33
2. Forschung zu Sprache und Politik in Nachbardisziplinen	
2.1. Politikwissenschaft (Werner Patzelt) .....	45
2.2. Soziologie (Reiner Keller) .....	64
2.3. Wirtschaftswissenschaft (Karl-Heinz Brodbeck) .....	81
2.4. Politrhetorik (Joachim Knappe) .....	100
2.5. Geschichtswissenschaft (Thomas Mergel) .....	129

3.	Linguistische Methoden und Beschreibungsebenen	
3.1.	Lexik – funktional (Thomas Niehr) .....	149
3.2.	Lexik – korpusanalytisch (Alexander Ziem) .....	169
3.3.	Lexik – frame-analytisch (Dietrich Busse) .....	194
3.4.	Lexik – metaphernanalytisch (Michael Drommler) .....	221
3.5.	Einzeltextorientierte Argumentationsanalyse (Heinz-Helmut Lüger) ..	241
3.6.	Diskursorientierte Argumentationsanalyse (Martin Wengeler) .....	261
3.7.	Sprachhandlungsanalyse (Frank Liedtke) .....	282
3.8.	Textanalyse (Stephan Stein) .....	298
3.9.	Gesprächsanalyse (Emo Gotsbachner) .....	318
3.10.	Diskursanalyse (Jürgen Spitzmüller) .....	346
3.11.	Multimodale Analyse (Sascha Michel) .....	365

### **Inhalt Band 3**

5.	Geschichte der politischen Sprache in Deutschland seit der Frühen Neuzeit	
5.1.	Von der Reformationszeit bis zur Französischen Revolution (Hajo Diekmannshenke) .....	903
5.2.	1848 (Juliane Schröter) .....	915
5.3.	Kolonialismus (Ingo H. Warnke/Daniel Schmidt-Brücken) .....	936
5.4.	1918 (Thorsten Eitz) .....	956
5.5.	1933-1945 (Christoph Sauer) .....	975
5.6.	Nachkriegszeit: BRD (Heidrun Kämper) .....	999
5.7.	SBZ und DDR (1945-1989) (Horst Dieter Schlosser) .....	1018
5.8.	1968 (Martin Wengeler) .....	1036
5.9.	„Wende“ und Vereinigung (Ruth Reiher) .....	1057
6.	Anwendungsbereiche politolinguistischer Forschungsergebnisse	
6.1.	Linguistische Politikberatung (Kersten Sven Roth) .....	1079
6.2.	Sprachdidaktik (Jörg Kilian) .....	1098
6.3.	Sprachkritik (Jürgen Schiewe) .....	1121
7.	Politolinguistische Forschung in Europa	
7.1.	Politolinguistik in Großbritannien (Melani Schröter) .....	1145
7.2.	Politolinguistik in Frankreich (Ronny Scholz/Pierre Fiala) .....	1163
7.3.	Politolinguistik in Italien (1994-2013) (Riccardo Gualdo) .....	1200
7.4.	Politolinguistik in Österreich (Maria Stopfner) .....	1213

#### **4. Forschungsgegenstände/Beispielanalysen: Empirische Politolinguistik**



## 4.1. Diskurse

### 1. Einleitung

Die Sprache-und-Politik-Forschung ist genuin empirisch ausgerichtet. Sie kann für die Linguistik als fruchtbarer Boden zur Etablierung theoretischer wie auch methodischer Fragestellungen angesehen werden. Noch bevor Busse, Hermanns und Teubert (1994) die Diskursanalyse auf ein linguistisches Fundament stellten, wurden erste diskursanalytische Fragestellungen im Bereich der politischen Kommunikation verfolgt (vgl. Jung 1994; Wengeler 1992). Die Anfänge der Diskurslinguistik sind also eng mit dem politischen Sprachgebrauch als Untersuchungsgegenstand verbunden. Mittlerweile hat sich die diskurslinguistische Perspektive als fester Bestandteil der Sprache-und-Politik-Forschung etabliert.

Eine diskursanalytische Sichtweise ist für den Bereich der Sprache-und-Politik-Forschung besonders einschlägig, weil sich der Wissens- und Kommunikationsbereich der Politik aus vielen Wissensdomänen speist. Diese substantielle Verwobenheit mit institutionalisierten Fachdisziplinen (z.B. Recht, Wirtschaft, Bauwesen, Handwerk, Technik, angewandte Wissenschaften, Natur- und Lebenswissenschaften) und der permanente Zwang zur Wissenstransformation von Expertenwissen in Vermittlungswissen (also in Wissensformate, die ohne spezifische fachliche Ausbildung im Großen und Ganzen nachvollziehbar sind) ist für das gesellschaftliche Handlungsfeld der Politik charakteristisch. Denkt man demokratische Prinzipien der Bürgerbeteiligung bei politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung konsequent

zu Ende, so ist evident, dass die politische Einflussnahme der Bürger überwiegend auf Intuition und Halbwissen basiert. Geht man darüber hinaus vereinfacht davon aus, dass Bürger in der Regel eine Berufsausbildung erlangen und in diesem Bereich als Experten gelten können, so liegt im Hinblick auf das Gesamtgeflecht der erforderlichen Wissensbestände, die für einen mündigen Bürger eigentlich grundlegend sind, nur ein Bruchteil vor. Die Wissenskonstitution im politischen Bereich (die sich fast ausschließlich sprachlich, kommunikativ oder diskursiv gebunden vollzieht) ist demnach von zentraler demokratietheoretischer und demokratiepraktischer Bedeutung, wenn idealerweise von dem mündigen Bürger ausgegangen wird. In der Lebenspraxis ist dieser hohe Anspruch selbstredend nicht zu realisieren, sondern nur graduell in einer Gesellschaft zu etablieren. Dieses Etablieren von politisch relevantem Wissen zwecks sinnvoller Wahrnehmung der Bürgerrechte ist also an Kommunikation und ihre diskursive Praxis gekoppelt und erscheint im Wechselverhältnis von *Sprache – Erkenntnis – Handeln* (vgl. Felder/Gardt 2015).

Im Folgenden wird zunächst ein Überblick über die Genese und Entwicklung der diskurslinguistischen Arbeit in der Sprache-und-Politik-Forschung geliefert. Hier ist es hilfreich, in der germanistischen Linguistik zwischen einem frühen und einem späten Diskursbegriff zu unterscheiden. In einem nächsten Schritt werden die unterschiedlichen Themen, die in den Analysen politischer Diskurse behandelt werden, vorgestellt, um dann die linguistischen Gegenstände dieser

Studien darzulegen. Davon ausgehend werden das zugrunde liegende Erkenntnisinteresse und die etablierten Methoden politolinguistischer Diskursanalysen zusammengetragen. Um das Potential der diskurslinguistischen Perspektive für die Analyse politischer Kommunikation herauszustellen, wird abschließend die Verankerung sprachlicher Subsysteme des Deutschen in der politischen Kommunikation hergeleitet. Die politische Kommunikation ist ein Resonanzkörper gesellschaftsrelevanter Diskurse und kann als Untersuchungsgegenstand herangezogen werden, um gesellschaftliche Aushandlungsprozesse in komprimierter Weise zu erfassen. Das linguistische Untersuchungsinteresse an politischer Kommunikation und ihren Ausdrucksmitteln gilt den – gleichsam „hinter“ den sprachlichen Mitteln liegenden – Denk- und Konzeptstrukturen, die in der diskursiven Praxis den sprachlichen Ausdrücken eingeschrieben werden. Sprache und ihre Passung formt unser politisches Denken, ohne dass wir die Prädisposition immer an sprachlichen Einzelphänomenen festmachen könnten. Nur eine diskursive Sichtweise mit ihrem über Einzeltexte („Text“ hier in einem sehr weiten, auch transtextuellen Sinne) hinausgehenden Anspruch vermag der Verstreutheit der mentalen Manifestationen gerecht zu werden. Linguistische Diskursanalysen im Kommunikationsbereich der Politik wollen diese unbewusste und durch sprachliche Zeichen evozierte Sphäre zu Tage fördern. Dies ist eines der grundlegenden Ziele sprachwissenschaftlich ambitionierter Diskursforschung.

## 2. Forschungsüberblick

### 2.1. Genese des frühen Diskursbegriffs: Vom Text zum diskursiven Textnetz

In empirischen Arbeiten zur politischen Sprache der letzten sechzig Jahre zeichnet sich ein Paradigmenwechsel ab, wie er auch in empirischen Studien benachbarter Teildisziplinen der Linguistik zu beobachten ist. Er lässt sich anhand von zwei Tendenzen erläutern: 1) Seit Ende der 1960er Jahre lässt sich eine Abwendung von kontextenthobenen und eine Zuwendung zu kontextbezogenen Analysen politischer Sprache beobachten. Die Erkenntnis, dass Politik mit Sprache funktioniert, hat ihren Ursprung zwar bereits in der Politischen Rhetorik der Antike, dass politisches Handeln ein zugleich sprachliches ist, gilt jedoch erst seit dem linguistic turn (vgl. Rorty 1967) und der pragmatischen Wende als weit verbreitetes Paradigma. 2) Die wortbezogene Untersuchungsperspektive wird zunächst von der text- und später dann von der diskursbezogenen abgelöst.

Die beiden Tendenzen werden greifbar, wenn der Wandel vom aszendenten zum deszendenten Textbegriff (vgl. Feilke 2000, 68f.) auf die politische Sprache projiziert wird: Mit der pragmatischen Wende wurde der am Wort und Satz orientierte, systemlinguistisch aszendente Textbegriff durch den pragmalinguistisch deszendenten Textbegriff erweitert. Autoren, die Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre Arbeiten zu politischen Texten und Reden veröffentlichen, beziehen zwar den pragmalinguistischen Aspekt des deszendenten Textbegriffs mit in ihre Analysen ein, verharren aber gemäß dem aszendenten Textbegriff auf der Analyseebene des Wortes und Satzes (vgl. Bachem 1979; Bock 1982). In den

1980er und 1990er Jahren zeigen Untersuchungen zu semantischen Kämpfen einerseits (vgl. Greiffenhagen 1980; Stötzel 1990) und zu Schlagwörtern und Schlagwortfeldern andererseits (vgl. Hermanns 1994; Klein 1989), wie die kommunikative Funktion und Wirkung von Wörtern unter Einbeziehung der Akteursperspektive analysiert werden können. Wörter und Redesegmente werden zwar in den Handlungskontext gesetzt, die Untersuchungsperspektive wird aber auf den Text beschränkt. Erst ab den 1990er Jahren werden Texte in ihrer funktionalen Einbettung untersucht. Über ihre Funktionszusammenhänge werden politische Textsorten klassifiziert. Unter den verschiedenen Klassifikations- und Systematisierungsversuchen ist vor allem Kleins Ansatz hervorzuheben, der Texte drei verschiedenen politischen „Interaktionsrahmen“ zuordnet:

- „1. Gesetzgebung mit Parlament und Regierung als primär beteiligten Institutionen,
  - 2. Politische Willensbildung innerhalb von Parteien,
  - 3. Politische Werbung von Parteien.“
- (Klein 1991, 247)

Über die Zuordnung politischer Texte zu politischen Handlungskontexten sind die Texte nicht mehr nur über ihre musterhafte Funktion (z.B. ÜBERZEUGEN), sondern vor allem auch über ihre musterhaften Interaktionsrahmen (z.B. bei der politischen Willensbildung innerhalb von Parteien ÜBERZEUGEN) intertextuell miteinander verbunden. In den 1990er Jahren wird also mit der politischen Textsortenforschung der Text mit seinen Segmenten als Untersuchungsgegenstand überschritten. Beispielsweise setzt sich Girnth in Anlehnung an Klein mit einem

diskursbestimmenden Textsorten-Geflecht auseinander (vgl. Girnth 1996). Ab diesem Zeitpunkt werden Texte nicht mehr nur für sich, sondern im diskursiven Textnetz untersucht. Neben dem funktionalen Zusammenhang und der intertextuellen Verbindung wird der gemeinsame thematische Hintergrund als drittes Kriterium für eine Diskursdefinition (vgl. Busse/Teubert 1994, 14) auch im Bereich der Sprache-und-Politik-Forschung etabliert (vgl. Girnth 1996, 76). Diskurs wird als „ein Geflecht von thematisch zusammengehörigen Aussagen“ definiert (Niehr 2014, 127). Das Ziel einer Diskursanalyse ist es, dieses Beziehungsgeflecht offenzulegen. Die linguistische Diskursanalyse, wie sie im Bereich der Sprache-und-Politik-Forschung praktiziert wird, ist also eine „Weiterentwicklung der Textlinguistik“ (Niehr 2014, 125). Die intertextuelle Perspektive auf politische Textsorten hat eine transtextuelle Perspektive auf den diskursiven politischen Sprachgebrauch zur Folge. Linguistische Beobachtungen werden auf eine breitere Textbasis gestellt, die sich über verschiedene synchron bestehende und diachron verlaufende Kommunikationsbereiche erstreckt.

## 2.2. Genese des späten Diskursbegriffs: Vom diskursiven Textnetz zur diskursiven Praxis

In den Veröffentlichungen von Spitzmüller und Warnke zeichnet sich die rasante Entwicklung der germanistischen Diskurslinguistik ab (vgl. Spitzmüller/Warnke 2011; Warnke 2007; Warnke/Spitzmüller 2008). Während ab den 1990er Jahren Diskurs vornehmlich als Verknüpfung von Texten verstanden wird, der durch ein repräsentatives Korpus abzubilden ist (vgl. die differenzierten

Erläuterungen zum virtuellen und konkreten Korpus bei Busse/Teubert 1994, 14), werden ab 2000 Stimmen laut, die Diskurs als Verknüpfung von Texten in zeithistorischen, soziokulturellen oder gesellschaftspolitischen Kontexten verstehen (vgl. Kämper 2012a; Spieß 2011a; Wengeler 2003a; 2003b). Ausgehend von dem Foucault'schen Diskursbegriff wird nach dem Zusammenhang von Sprache und Wissen bzw. von Sprache und Macht gefragt (vgl. Felder 2006; Warnke 2007). Der Diskursbegriff lässt sich zwar auf die intertextuelle Perspektive der politischen Textsortenforschung zurückführen, den für die Diskurslinguistik zentralen Foucault'schen Ansatz sieht Burkhardt jedoch bereits im semantischen Kampf politischer Begriffe angelegt:

„Der Kampf um Begriffe ist das Prinzip politischer Diskurse im Sinne Foucaults [...], die ihrerseits als Erscheinungsformen von Macht und Streben nach Machterwerb zu interpretieren sind.“ (Burkhardt 1998, 105)

Warnke verortet den Diskurs zwischen der Praxis und dem Arrangement von Aussagen:

„Diskurse [...] sind einerseits Konstruktionsmechanismen für historisch relative Wahrheiten und Wissensbestände, andererseits sind sie das Raster jeder kommunikativen Bezugnahme auf Wirklichkeit.“ (Warnke 2013, 103)

Nach Warnke konstruieren Diskurse Wissen und bilden es gleichermaßen ab. Folglich ist die Diskurslinguistik an der pragma- wie auch der systemlinguistischen Perspektive interessiert: Sie fragt nach der diskursiven Praxis in speziellen Kommunikationskontexten und nach diskursiven Mustern im allgemeinen Diskurszusammenhang (vgl. Busse 2013, 52). Die analytische Reziprozität zwischen der sprachlichen und sozialen

Konstitution von Wissen (vgl. ebd., 60), welche vor allem im interdisziplinären Austausch zwischen der linguistischen und soziologischen Diskursanalyse reflektiert wird (vgl. Viehöver/Keller/Schneider 2013), hat zur Folge, dass im Bereich der Diskurslinguistik den Diskursakteuren eine zentrale Stellung zugeschrieben wird. Sie sind die Mittler zwischen der textbezogenen intra- und der wissensbezogenen transtextuellen Perspektive (vgl. Spitzmüller/Warnke 2011, 135-197). In einer Diskursanalyse geht es also darum, die Dominantsetzung sprachlicher Perspektivierungen verschiedener Diskursakteure unterschiedlicher fach- und vermittlungssprachlicher Wissensbereiche herauszuarbeiten (vgl. Felder 2006).

In der Sprache-und-Politik-Forschung der 1990er Jahre werden noch wenige diskurslinguistische Studien veröffentlicht (hier sind lediglich Girnth 1996; Jung 1994; Jung/Wengeler/Böke 1997; Klein 1995; Stötzel/Wengeler 1995; Wengeler 1992 zu nennen). Seit 2000 beginnt hingegen das diskurslinguistische Interesse im Bereich der Sprache-und-Politik-Forschung anzusteigen. Die frühen Arbeiten sind vornehmlich dem Begriff des diskursiven Textnetzes, die späteren dem der diskursiven Praxis verhaftet. Ab der Jahrtausendwende erscheinen überdurchschnittlich viele Monographien und Sammelbände, die die diskurslinguistische Methode an Gegenständen des politischen Sprachgebrauchs anwenden. Girnth, Niehr und Spieß heben in ihren Beiträgen hervor, dass sich die Politolinguistik und Diskurslinguistik auf fruchtbare Weise aufeinander beziehen lassen (vgl. Girnth 2012, 11; Niehr 2013, 82f.; Spieß 2011b, 307). Die angewandte Diskurslinguistik, die ihr Erkenntnisinteresse sowohl auf die Analyse politischer

Diskurse als auch auf die praxisorientierte Anwendbarkeit richtet, wird 2013 immer noch als Desiderat herausgestellt (vgl. Roth/Spiegel 2013, 7ff.). Zu unterschiedlichen Themen und Gegenständen werden diskurslinguistische Analysen als Dissertations- oder Habilitationsschriften veröffentlicht (vgl. u.a. Wengeler 2003a; Niehr 2004; Arendt 2010; Bartels 2015; Bock 2013; Freitag 2013; Gredel 2014; Herdeanu 2014; Kalwa 2013; Spieß 2011a; Tereick 2016). Dabei werden qualitative wie auch quantitative Analyseverfahren verwendet, die vornehmlich dem diskurssemantischen und -pragmatischen Ansatz folgen. In Kapitel 3 und 4 wird darauf genauer eingegangen.

Politische Sprache und ihr Gebrauch werden jedoch nicht nur im Paradigma der Linguistischen Diskursanalyse (LDA) empirisch untersucht. Eine ebenso prominente diskursanalytische Ausrichtung ist die der Kritischen Diskursanalyse (KDA) bzw. der Critical Discourse Analysis (CDA) (vgl. Fairclough 2010; Jäger 2009; Wodak/Meyer 2009). Während sich die bereits genannten und in Kapitel 3 noch zu erläuternden Forschungsbeiträge der deskriptiv ausgerichteten Linguistischen Diskursanalyse verschreiben, verfolgt die Kritische Diskursanalyse einen vornehmlich präskriptiven Ansatz. Die Analytiker sind nicht bestrebt, „Diskurse auf ihre linguistische Eigenheit hin zu analysieren“ (Niehr 2014, 134), sondern wollen in das Diskursgeschehen eingreifen (vgl. Niehr 2014, 134; Schröter/Carius 2009, 97-135), da Diskurse „Machtwirkungen ausüben“ (Link zit. nach Jäger 2009, 127) und es diese aufzudecken gilt. Das Spannungsverhältnis zwischen Deskription und Präskription, welches an den Polen der beschreibenden und einflussnehmenden Deutung festzumachen ist (vgl. Meinhof/Reisigl/Warnke 2013), findet in den Analysen

zu politischen Diskursen zunehmend Beachtung (vgl. Kalwa 2013; Tereick 2016).

Seit wenigen Jahren hält die sprachkontrastive Diskursanalyse auch im Bereich der Sprache-und-Politik-Forschung Einzug. Der politische Sprachgebrauch des Deutschen und seine massenmediale Resonanz wurden mit dem des Englischen (vgl. Jacob/Mattfeldt 2016, Müller 2012; Schröter 2013; Spieß 2012a; Storzjohann/Schröter 2013) und Türkischen verglichen (vgl. Gür-Şeker 2012). Vergleichende Diskursanalysen werden aber auch innerhalb einer Sprache durch einen Ländervergleich durchgeführt (vgl. Müller 2012; Niehr 2004; Niehr/Böke 2000; Herdeanu 2014).

### **3. Themen und Gegenstände in den Analysen politischer Diskurse**

Politische Diskurse sind an politische Themen gebunden. In den Analysen politischer Diskurse werden entweder Ereignisse und Phasen innerhalb der deutschen Geschichte (z.B. Nationalsozialismus, 1968er-Bewegung, Innerdeutsche Staatentrennung, Wiedervereinigung) oder brisante Probleme (z.B. Atomenergie, Bioethik, Krisen, Migration, politische Unruhen und Umbrüche) als Diskursthema gewählt. Von den vielfältigen Themen lassen sich sechs übergeordnete Themenfelder ableiten, die im Folgenden dargelegt werden:

#### **3.1. Themenfeld I: Diskurse zu soziopolitischen Dimensionen vor und nach dem Nationalsozialismus**

Die Untersuchung der Sprache im Nationalsozialismus hat in der Sprache-und-Politik-Forschung eine lange Tradition (vgl. Bibliographie Kinne/Schwitalla 1994). Maas untersucht unter argumentationsanalytischen Gesichtspunkten die

Sprache im Nationalsozialismus und bezieht sich auf den Diskurs als linguistischen Bezugsrahmen (vgl. Maas 1984). Diskurslinguistische Untersuchungen zur Sprache im Nationalsozialismus liegen bislang aber nur wenige vor (hier sei lediglich auf das Kapitel „Diskursgeschichte: Sprachbewertung unter diachroner Perspektive“ mit dem Unterkapitel „Niederdeutsch im Nationalsozialismus“ in Arendt 2010 verwiesen). Das diskurslinguistische Interesse gilt bislang der Zeit vor und nach dem Nationalsozialismus. Hier sind vor allem die Studien von Kämper zu nennen: Sie untersucht den Demokratiediskurs in der Zeit der frühen Weimarer Republik (vgl. Kämper 2014) und der späten 1960er Jahre (vgl. Kämper 2012a; 2012b; 2013) wie auch den Schulddiskurs in der frühen Nachkriegszeit (vgl. Kämper 2005; 2006). Des Weiteren ist das „Wörterbuch der ‚Vergangenheitsbewältigung‘“ zu nennen. Unter wort- und diskursgeschichtlicher Perspektive wird darin der Umgang mit dem Nationalsozialismus im Sprachgebrauch der Gegenwart nachgezeichnet (vgl. Eitz/Stötzel 2007/2009).

### **3.2. Themenfeld II: Diskurse zu Ost- und Westdeutschland zwischen Teilung und Wiedervereinigung**

In der politischen Wortschatzforschung zeichnet sich bereits das Interesse an den Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen der Sprache in Ost- und Westdeutschland ab. In Studien wird dabei nicht nur der Wortschatz der DDR (vgl. Reich 1968) und BRD (vgl. Böke/Liedtke/Wengeler 1996) untersucht, sie werden auch miteinander verglichen (vgl. Fleischer 1987; Hellmann 1984). Indem in diesen Studien die lexikologische Betrachtung der Wortebene an die Sprachsituation rückgebunden wird, können

erste Rückschlüsse von der Sprache auf die Folgen der innerdeutschen Staaten- teilung gezogen werden. Durch die Untersuchung der Diskursebene lässt sich dieses Interesse auf eine breitere Basis stellen. Die geschriebenen Texte inoffizieller Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit wie auch die Medienberichterstattung in der DDR werden im diskursiven Gefüge untersucht (vgl. Bock 2006; 2013; Pappert 2005). Auch wird beispielsweise der Punk-Diskurs in der DDR analysiert (vgl. Schröter/Pappert 2011). Die Medienberichterstattung zum Bau und Fall der Mauer wird diskursvergleichend untersucht (vgl. Felder 2012, 140-163). Indem Akteure innerhalb eines Diskurses mittels Sprache aufeinander Bezug nehmen und demzufolge miteinander interagieren, ermöglicht die diskurslinguistische Perspektive also, dem bis in die 1990er Jahre angelegten Interesse an dem Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland weiter nachzugehen (vgl. Roth 2011; Roth/Wien 2008).

### **3.3. Themenfeld III: Migrations- und Integrationsdiskurse**

Ein weiteres Themenfeld betrifft die Migrations- und Integrationspolitik. Es zeichnet sich durch zwei angrenzende Themen aus, die der Interkulturalität und der Diskriminierung. Klein untersucht vornehmlich sprachliche Formen der Fremdenfeindlichkeit und zeichnet sprachlich gefasste und diskursiv praktizierte Vorurteile im Asyl-Diskurs nach (vgl. Klein 1994; 1995). Der Sammelband von Jung, Wengeler und Böke (1997) beinhaltet ein breites Spektrum von Beiträgen zu Subthemen der Migrations- und Integrationspolitik: Flucht, Ausländerfeindlichkeit, Kulturkontakt, das Spannungsverhältnis zwischen dem Fremden und dem Eigenen. Analog zu dem in

Themenfeld I erwähnten diskurssemantischen Wörterbuch zum Schuld- und Demokratiediskurs (vgl. Kämper 2006; 2013) schlägt sich auch in der diskurslinguistischen Forschung zur Migrations- und Integrationspolitik das diskurssemantische Interesse in einem Wörterbuch nieder (vgl. Jung/Böke/Niehr 2000). Ebenso zeigt sich, dass das ehemals lexikologische Interesse am politischen Wortschatz durch den diskurslinguistischen Ansatz fortgeführt und weiterentwickelt wird. Eine für dieses Themenfeld zentrale Untersuchung führt Wengeler durch. Er untersucht den deutschen Migrationsdiskurs in der Zeit von 1960 bis 1985 (vgl. Wengeler 2003a). In den Analysen politischer Diskurse ist das Themenfeld der Migrations- und Integrationspolitik das erste, auf dem diskursvergleichend gearbeitet wird. Hier erfolgt noch kein Sprach-, sondern ein Nationenvergleich. Die Migrations- und Integrationspolitik Deutschlands, Österreichs und der Schweiz werden miteinander verglichen (vgl. Niehr/Böke 2000; Niehr 2000; 2004).

#### **3.4. Themenfeld IV: Krisen- und Risikodiskurse**

Krisen gehören zu einem weiteren Themenfeld der Analysen politischer Diskurse. Das Projekt „Sprachliche Konstruktionen sozial- und wirtschaftspolitischer Krisen in der BRD von 1973 bis heute“ von Wengeler und Ziem hat wichtige Untersuchungen zu politischen Krisen hervorgebracht (vgl. z.B. Wengeler 2013a; 2013b; Ziem/Scholz/Römer 2013). Weitere Beiträge zeigen, dass sich diskurslinguistische Untersuchungen von Krisen aufgrund der globalisierten Prozesse in der Politik auch für sprachvergleichende Studien eignen (vgl. Aptum 2010; Storjohann/Schröter 2013).

Analysen politischer Diskurse zu atomaren und erneuerbaren Energien einerseits und zum Klimawandel andererseits tangieren den Bereich des politischen Sprechens über Risiken. Jung beleuchtet in seiner Diskursanalyse zu den kommunikativen Aushandlungsprozessen in der Atompolitik unter anderem das Sprechen über Stör- und Unfälle in AKWs und die sprachliche Thematisierung von Katastrophen, die mit der atomaren Energie einhergeht (vgl. 1994). In Jacob (2017) wird die diskurslinguistische Betrachtung unter anderem auf die Thematisierung von Risiken der Atomenergie zur Rechtfertigung erneuerbarer Energien gerichtet. Tereick untersucht die politische Risikokommunikation im Diskurs zum Klimawandel (vgl. 2016). Die Zusammenführung von Diskurslinguistik und Risikoforschung hat sich in einer kleineren Studie zum politischen Debattieren über das Risiko der Atomenergie (vgl. Felder/Jacob 2014a, 21) einerseits und in einer Untersuchung zur Trierer Luftschadstoff-Debatte (vgl. Liebert 2004) andererseits als fruchtbar erwiesen.

#### **3.5. Themenfeld V: Moralische Diskurse**

Für das Themenfeld V ist der Aushandlungsprozess um moralisches Handeln kennzeichnend. Die Ethik wird zumeist Gegenstand der Diskussion, wenn Forschung, Politik und Öffentlichkeit gemeinsam die Grenzen menschlichen Handelns hinterfragen. Die diskurslinguistischen Studien der Themenfelder I bis IV zeichnen sich dadurch aus, dass sie die politische Kommunikation im Wechselverhältnis mit der öffentlichen bzw. massenmedialen Kommunikation untersuchen. Im Themenfeld V werden die beiden Kommunikationsbereiche durch

einen fachsprachlichen Kommunikationsbereich ergänzt, weil gerade der Fortschritt der Wissenschaft und Technologie und die damit einhergehenden Vermittlungs- und Aushandlungsprozesse ethische Fragen aufwerfen. Dabei werden menschliche Handlungsweisen im Spannungsverhältnis zwischen natur- und geisteswissenschaftlichen Gesichtspunkten gedeutet. Politische Diskurse zeichnen sich vor allem durch ethische Kontroversen aus, wenn es darum geht, naturwissenschaftliche und technologische Fortschritte zu bewerten (vgl. Jacob im Druck). Bislang liegen vor allem Arbeiten im Bereich der grünen und roten Biotechnologie und Biomedizintechnik vor. Die linguistische Diskursanalyse zur Grünen-Gentechnik-Debatte von Freitag ist ein Beispiel für die Kontroverse um die grüne Biotechnologie (vgl. 2013). Im Bereich der roten Biotechnologie wird vor allem die Stammzellen- und Embryonenforschung ethisch reflektiert. Domasch untersucht die Debatte um die Präimplantationsdiagnostik und die damit einhergehende strategische Instrumentalisierung von Sprache zur Stützung der eigenen Position im öffentlichen Diskurs (vgl. 2007). Spieß hat sich in ihrer Dissertation (vgl. 2011a) und in weiteren Publikationen (vgl. 2009; 2012b) mit den bioethischen Debatten um humane embryonale Stammzellenforschung, die im Bereich der politischen Kommunikation geführt werden, befasst. Im Bereich der Biomedizintechnik wird die Kontroverse um die Sterbehilfe diskurslinguistisch untersucht. Politische Akteure sind hier zentrale Akteure des Aushandlungsprozesses (Felder/Stegmeier 2012; Müller 2012; Felder 2015).

### 3.6. Themenfeld VI: Sprachdiskurse

Sprachdiskurse sind Diskurse, in denen wertende Sprachreflexion praktiziert wird. Wenn diese diskursive „Praxis wertender Sprachreflexion“ als Sprachkritik (vgl. Felder/Jacob 2014b, 142) und Sprachkritik als eine „positive wie negative Würdigung der Sprache“ (Kilian/Niehr/Schiewe 2010, 1) definiert werden, dann sind Sprachdiskurse stets Sprachkritikdiskurse,

„in denen Sprecherinnen oder Sprecher – explizit oder implizit – eine bestimmte Spracheinstellung oder ein bestimmtes Sprachverhalten als angemessene oder unangemessene Norm festsetzen bzw. durchzusetzen suchen.“ (vgl. Felder/Jacob 2014b, 142)

Für politische Sprachdiskurse ist kennzeichnend (vor allem für diejenigen, die die deutsche Sprachkultur betreffen), dass nicht Sprachthemen diskursinitiiierend sind, sondern Sachthemen. Dabei kann ein fachlicher Aushandlungsprozess in Wissensdomänen über die angemessene Bezeichnung eines Sachverhalts oder über die angemessene Konzeptualisierung eines Ausdrucks in Form von semantischen Kämpfen erfolgen (vgl. Felder 2006). Sachdiskurse sind also häufig Diskurse, in denen Sprachkritik zunächst implizit praktiziert wird. Erst im Verlauf evoziert eine politische Debatte um einen Sachverhalt oder eine Denk- und Handlungsweise eine explizite Debatte um den angemessenen Sprachgebrauch:

„Sprache ist meistens dann von Interesse, wenn sich mit ihr Meinungen, Emotionen und Wertungen verbinden. Nur dann setzt bei Sprecherinnen und Sprechern auch die Reflexion über das ‚Werkzeug Sprache‘ ein und nur dann wird Sprache zum diskussionsrelevanten Gegenstand.“ (Spitzmüller u.a. 2002, 1)



Dass Sprache selbst diskursinitiiierend ist, ist im Deutschen eher selten der Fall. Ausnahmen bilden Diskurse zu sprachpolitischen Themen wie der Schutz von Minderheitensprachen und die curriculare Förderung von Fremdsprachen. Im europäischen Vergleich, beispielsweise mit dem Französischen, wird der Sprachgebrauch im Deutschen gesetzlich bislang nicht geregelt (vgl. zu Sprachgesetzen in Frankreich Schmitt 2000, 706-715). Daher kann die deutschsprachige Praxis explizit wertender Sprachreflexion als eine aus den politischen Diskursen verbannte bezeichnet werden.

Wird der Politikbegriff jedoch weiter gefasst, sind politische Diskurse also solche, die das Miteinander der Bürgerinnen und Bürger in einem Staatssystem betreffen, sind Sprachdiskurse genuiner Bestandteil politischer Diskurse. Vor dem Hintergrund dieses weiteren Politikbegriffs haben sehr viele Sprachdiskurse politische Implikationen. Hier sind die Studien zu Anglizismen- und Sprachverfall-Diskursen (vgl. Heinz 2012; Spitzmüller 2005; Theobald 2012) ebenso zu nennen wie die zu Rechtschreib- (vgl. Stenschke 2005) und Political-Correctness-Diskursen (vgl. Wengeler 2002). Sowohl in sprachgeschichtlichen als auch in gegenwartssprachlichen Diskursen spannen sich die politischen Sprachdiskurse zwischen zwei Polen auf: Auf der einen Seite wird Sprache im Hinblick auf Charakteristika oder vermeintliche Stereotype einer ‚Volksseele‘ bzw. einer national gedachten Identität bezogen, um das Eigene im Unterschied zum Fremden zu reflektieren (vgl. beispielsweise Faulstich 2007; Gardt 2000; Stukenbrock 2007). Auf der anderen Seite wird Sprache unter demokratischen und multikulturellen Gesichtspunkten betrachtet, um den Wandel des Eigenen durch das Fremde zu thematisieren (vgl. Wengeler

2000). Zwischen diesen beiden Polen lassen sich die unterschiedlichen Diskurspositionen graduell verorten.

#### **4. Linguistische Gegenstände in den Analysen politischer Diskurse**

Im Bereich der Diskurslinguistik herrscht das Forschungsparadigma, den Diskurs in sehr umfassender Weise linguistisch auf mehreren Ebenen zu beschreiben (Mehr-Ebenen-Analyse), indem beansprucht wird, die Diskursanalyse von der Mikro- über die Meso- bis hin zur Makroebene durchzuführen. Die Forschung hält verschiedene (und zugleich ähnliche) methodologisch hergeleitete Analysemodelle bereit, beispielsweise sind hier zu nennen: Gardts Ansatz des „Linguistischen Interpretierens“ als einen „praktikablen Kompromiss zwischen einer konstruktivistischen und realistischen Position in der Texttheorie“ (Gardt 2007, 278), die sprachwissenschaftlichen Zugänge zur transtextuellen Sprachanalyse im DIMEAN-Modell nach Spitzmüller/Warnke (vgl. 2011, 197-201) oder die Untersuchungsebenen im Paradigma der pragma-semiotischen Textarbeit, die über die Herausarbeitung handlungsleitender Konzepte agonale Zentren in Diskursen bestimmen möchte (vgl. Felder 2012, 142f.; Felder 2015). Die Forschungspraxis zeigt aber, dass stets ein Schwerpunkt auf ausgewählte linguistische Gegenstände gelegt wird. Kämper betrachtet Wörter in ihrer diskursiven Vernetzung (vgl. 2006; 2013). Spieß (2011a) untersucht vornehmlich die Ebene des Wortes (semantische Kämpfe, Metaphorik), der Argumentation (Topoi) und des Diskurses (Isotopien zur Erfassung diskursiver Strukturen). Wengeler (2003a) untersucht Topoi unter argumentationsanalytischen Gesichtspunkten. Freitag

untersucht Sprachhandlungen und klassifiziert diese in Anlehnung an Felder (2012) in drei Sprachhandlungstypen, und zwar die Sachverhaltsfestsetzung und -abgrenzung, die Sachverhaltsverknüpfung und die Sachverhaltsbewertung, um davon ausgehend für den Diskurs handlungsleitende Konzeptattribute zu formulieren (vgl. Freitag 2013).

Allen Diskursanalysen ist dabei gemein, dass ihre linguistischen Gegenstände unter Gesichtspunkten der sprachlichen Perspektivität untersucht werden, denn sie kann zum Zeitpunkt  $t_1$  (im diachronen Verlauf) oder im Kommunikationsbereich  $k_1$  (im synchronen Vergleich) eine andere sein als zum Zeitpunkt  $t_2$  oder im Kommunikationsbereich  $k_2$ . In diachroner und synchroner Sicht auf den Diskurs werden dann diskursive Aushandlungsprozesse zwischen den Akteuren erkennbar, die versuchen, Faktizität herzustellen und Diskurshoheit zu erlangen (vgl. Felder 2013).

## 5. Erkenntnisinteresse und Methoden in den Analysen politischer Diskurse

Wie bereits in Kapitel 2.2. angedeutet, werden politische Diskurse unter Einbezug des zeithistorischen, gesellschaftspolitischen und soziokulturellen Kontextes untersucht. Diskursive Ereignisse, Prozesse, Elemente, ihre Beziehung und Wechselbeziehung werden an die pragmatischen Parameter Zeit, Ort und Personen gebunden. Obwohl die Diskurslinguistik neben dem pragmlinguistischen Konstruktionsmechanismus auch an dem systemlinguistischen Repräsentationscharakter von Diskursen interessiert ist (vgl. Warnke 2013, 103), zeigt sich auch bei dem systemlinguistischen Ansatz, dass er auf der Einbeziehung des

Kontextes basiert. Den Analysen politischer Diskurse liegt also ein zeithistorisches, gesellschaftspolitisches und soziokulturelles Erkenntnisinteresse zugrunde.

Es liegen bereits linguistische Arbeiten zu politischen Diskursen vor, in denen der Zusammenhang zwischen Diskursgeschichte und Mentalitätsgeschichte zum einen und zwischen Diskursanalyse und Kulturanalyse zum anderen hergestellt wird. Wengeler führt unterschiedliche Ansätze der Sprachgeschichtsschreibung zusammen (hier ist beispielsweise die Begriffsgeschichte nach Koselleck, die Verknüpfung von Diskurs- und Mentalitätsgeschichte nach Hermanns und die Historische Semantik nach Busse zu nennen) und untersucht auf dieser Grundlage Argumentationstopoi (vgl. Wengeler 2003a). Spieß schließt ihre diskurslinguistische Untersuchung zum bioethischen Diskurs um humane embryonale Stammzellenforschung ab, indem sie ihre Diskurs- als eine Kulturanalyse versteht:

„Der Mehrwert der Diskursanalyse gegenüber traditionellen Sprachanalysen besteht in erster Linie in der Betrachtung der qualitativen Relationalität und Vernetzung sowie der Interaktivität sprachlicher Phänomene und vor allem der Beschreibung von dynamischen Bedeutungskonstitutionsprozessen durch eben diese Relationalität und Vernetzung. Diskursanalyse in der hier vorgelegten Ausprägung stellt somit eine Form von Kulturanalyse dar.“ (Spieß 2011a, 550)

Im Bereich der Analysen politischer Diskurse lassen sich drei Ansätze beobachten. Allen ist gemein, dass sie von der sprachlichen Konstruktion von Wirklichkeit ausgehen, die sich entweder über einen semantischen, pragmatischen oder grammatischen Zugang erschließen lässt. Außerdem verbinden die Ansätze, wie

bereits erwähnt, den holistischen Anspruch und die Einbindung des Kontextes. Im diskurssemantischen Ansatz werden diskursive Wortnetze untersucht. Es wird nach der divergierenden Bedeutungskonstitution innerhalb eines Diskurses gefragt (vgl. z.B. Kämper 2006; 2013; Wengeler/Ziem 2013a). Der diskurspragmatische Ansatz ist ebenso zentral für die Analysen politischer Diskurse. Hier werden in Zeichen gebundene Sprachhandlungen untersucht (vgl. z.B. Spieß 2011a; Felder 2012). Der diskursgrammatische Ansatz ist in der Sprache-und-Politik-Forschung der am wenigsten verbreitete Ansatz. Es wurden bislang kleinere Studien durchgeführt, in denen ein grammatischer Zugang den Ausgangspunkt diskurslinguistischer Untersuchungen (gesellschafts-)politischer Kommunikation darstellt (vgl. ganz grundsätzlich dazu Müller im Druck), beispielsweise Konnektoren als Kontroversenmarkierer (vgl. Felder 2012; 2015; Jacob/Mattfeldt 2016). Des Weiteren finden grammatische Phänomene innerhalb einer Diskursanalyse Beachtung, beispielsweise die Syntax (vgl. Ziem/Scholz/Römer 2013) oder Kompositionsgefüge als Kontroversenverdichter (vgl. Felder 2012; 2015).

Neben der Annahme der sprachlichen Konstruktion von Wirklichkeit, dem holistischen Anspruch von Diskursanalysen und der Einbindung von Kontextparametern verbindet die Analysen politischer Diskurse ein methodisches Moment: Ausgehend von der sprachlichen Oberfläche, ausgehend von der sprachlichen Verfasstheit der Wirklichkeit, werden die Inhalte der durch sprachliche Zeichen evozierten Wirklichkeit untersucht. Ausgehend von der Form, also von der sprachlichen Materie, werden Inhalte analysiert. Diese Inhalte werden in Form

von Teilbedeutungen, Attributen, Konzepten, Frames, Schemata oder Topoi auf der metasprachlichen Ebene der linguistischen Beschreibung gefasst. Ihre Formulierung stellt die Interpretationsleistung der Diskursanalytiker dar. Die Diskurslinguistik fragt nicht in einem ersten, sondern erst in einem zweiten Schritt nach den Inhalten des Diskurses. Sie setzt zunächst also an der sprachlichen Oberfläche an und fragt nach Formen sprachlicher Perspektivierung.

Die Methoden der derzeit vorliegenden Analysen politischer Diskurse sind vornehmlich qualitativer Natur. Mittels texthermeneutischer Verfahren wird das den Diskurs repräsentierende Korpus analysiert, ohne dass den Texten explizit der Status der Repräsentativität zugeschrieben werden kann. Die Textmenge ist für eine qualitative Analyse meistens sehr umfangreich (das Korpus in der Studie von Spieß (2011a) enthält beispielsweise über 1000 Texte). Vereinzelt sind Studien im Bereich der politolinguistischen Diskursanalyse zu verzeichnen, die ein methodisches Wechselspiel zwischen qualitativer Texthermeneutik und quantitativer Korpuslinguistik betreiben. Hier sei vor allem auf das Forschungsprojekt „Sprachliche Konstruktionen sozial- und wirtschaftspolitischer Krisen in der BRD von 1973 bis heute“ von Wengeler und Ziem verwiesen. In dem Projekt wurden zur systematischen Analyse qualitative und quantitative Verfahren angewendet (vgl. Wengeler/Ziem 2013a, 1). In der Diskurslinguistik allgemein ist der methodische Wechsel zwischen qualitativen und quantitativen Analyseverfahren mittlerweile etabliert (vgl. Scharloth/Eugster/Bubenhofer 2013).

Um die Brücke zwischen dem kontextenthobenen Korpus und dem genuin pragmatischen Erkenntnisinteresse der

Diskursanalyse zu schlagen, stellen Felder, Müller und Vogel einen korpuspragmatischen Zugang vor:

„Unter Korpuspragmatik verstehen wir einen linguistischen Untersuchungsansatz, der in digital aufbereiteten Korpora das Wechselverhältnis zwischen sprachlichen Mitteln einerseits und Kontextfaktoren andererseits erforscht und dabei eine Typik von Form-Funktions-Korrelationen herauszuarbeiten beabsichtigt. Solche Kontextfaktoren betreffen potenziell die Dimensionen *Handlung*, *Gesellschaft* und *Kognition*. Die Analyse bedient sich insbesondere einer Kombination qualitativer und quantitativer Verfahren.“ (Felder/Müller/Vogel 2012, 4f.)

## 6. Der Kommunikationsbereich der Politik als Resonanzkörper unterschiedlicher Diskurse

Klassifizierungen der politischen Sprache und ihres Wortschatzes verdeutlichen, welche weitreichende Verankerung die politische Sprache in anderen Subsystemen der deutschen Sprache aufweist. Dieckmann untergliedert den politischen Wortschatz in die „Ideologiesprache“, die „Institutionssprache“ und die „Fachsprache des verwalteten Sachgebietes“ (Dieckmann 1975, 50f.). Burkhardt unterscheidet innerhalb der politischen Sprache zwischen dem „Sprechen über Politik“, der „Politische[n] Mediensprache“ und der „Politikersprache“ (Burkhardt 1996, 81). Klein betont, dass die politische Sprache keine Fachsprache ist:

„Ihr Mischcharakter, ihre Überschneidung mit mehreren Fachsprachen [...] und ihre breite Überlappung mit der Alltagssprache sprechen gegen eine solche Charakterisierung.“ (Klein 1989, 5)

Auch die Studie Burkhardts zur sogenannten Schaufensterpolitik führt vor Augen, dass die politische Kommunikation unterschiedliche Kommunikationsbereiche tangiert. Während die Redner in den deutschen Plenardebatten als Doppelagenten fungieren – sie sind Sender der Parteien und Fraktionen einerseits, aber auch Sender der Öffentlichkeit (also der Bürger und Medien) andererseits –, trägt das in den Plenardebatten hervorbrachte sprachliche Zeichen eine Doppelbotschaft. Diese wird nicht nur an die Plenumsmitglieder (die Koalition und Opposition), sondern auch an die Öffentlichkeit (die Bürger und Medien) adressiert (vgl. Burkhardt 1995, 78ff.). Dieser inszenierte Charakter der politischen Kommunikation lässt sich vor dem Hintergrund der Mehrfachadressierung erläutern (vgl. Kühn 1995). Holly spricht in diesem Zusammenhang von „Polyfunktionalität sprachlicher Äußerungen“ (1990, 54) und hält fest, dass „nicht nur im Hinblick auf mehrere Adressaten [...], sondern auch für nur einen Hörer/Leser mehr als eine Interpretation relevant ist“ (Holly 1990, 55).

Das Wechselverhältnis zwischen Politik und Medien wird seit wenigen Jahren nicht mehr ausschließlich unter Aspekten der Inszenierung und Mehrfachadressierungen untersucht. Prozesse der Bürgerpartizipation werden zunehmend in linguistische Untersuchungen zur politischen Kommunikation mit eingebunden (vgl. Holly 2012, 309-374). Dies hängt nicht zuletzt auch mit der Erforschung der Internetkommunikation zusammen. Zu nennen wäre hier z.B. ein Beitrag von Diekmannshenke, in dem Formen der Internetkommunikation mit Möglichkeiten der Bürgerpartizipation beleuchtet werden (vgl. 2013). Es ist anzunehmen, dass das diskurslinguistische Interesse an der multimedialen (vgl. u.a. Endres 2005;

Meier 2005; Ziem 2009) und multimodalen (vgl. Tereick 2016) Internetkommunikation in der Zukunft ebenso Einzug in die Analysen politischer Diskurse und diskursiver Bürgerpartizipation erhalten wird.

Politische Kommunikation zeichnet sich also nicht nur dadurch aus, dass sie verschiedene sprachliche Subsysteme des Deutschen tangiert, sondern dass diese Subsysteme im Bereich der politischen Kommunikation miteinander interagieren. Dieser Tatbestand liefert einen produktiven Ausgangspunkt für diskurslinguistische Studien. Der Kommunikationsbereich der Politik fungiert daher als Resonanzkörper unterschiedlicher Diskurse, die sich auch in anderen Kommunikationsbereichen niederschlagen.

## 7. Schluss

Aus der Sprache-und-Politik-Forschung ist der diskurslinguistische Ansatz nicht mehr wegzudenken. Die Studien zu der Zeit vor und nach dem Nationalsozialismus, zu Ost- und Westdeutschland in der Phase der Teilung und Wiedervereinigung, zur Migration und Integration, die Untersuchungen zu Krisen und Risiken, zu Moral und Ethik, aber eben auch zur Sprache selbst zeigen, dass durch die diskurslinguistische Perspektive Fragestellungen aus der Sprache-und-Politik-Forschung aufgegriffen und auf einer größeren Datenbasis weitergeführt werden. Dem hermeneutischen Interesse einer qualitativen Analyse werden flankierend quantitative Verfahren zur Objektivierung von Interpretationshypothesen an die Seite gestellt.

Aufgrund ihrer kommunikativen Beschaffenheit ist die politische Sprache ein fruchtbarer Boden, die Stimmen eines Diskurses einzufangen. Erstreckt sich ein

gesellschaftsrelevanter Diskurs über die deutsche oder andere europäische Sprachen, ist davon auszugehen, dass dieser auch die politische Kommunikation tangiert. Die politische Kommunikation war, ist und wird auch weiterhin ein Umschlagplatz für zeithistorisch, gesellschaftlich und soziokulturell relevante Diskurse sein.

Der politische Kommunikationsbereich ist nicht nur unter linguistischen, sondern auch unter demokratietheoretischen und demokratiepraktischen Erwägungen ein besonders innovativer Bereich. In ihm synthetisiert sich Fachlichkeit und Expertise unterschiedlicher Wissenssysteme zu einer multisektoralen Diskursformation, in welcher sich die Übergänge von sprachlich gebundenem Expertenwissen hin zu polyvalenten Vermittlungsformationen als grundlegend für die politische Willensbildung manifestieren (vgl. Felder 2013).

Neben diesen Gesichtspunkten der Fachlichkeit, die stets mit Machtaspekten verbunden sind, ist die Darstellung politischer Handlungsoptionen in der medial und multimodal ausgerichteten Demokratie („Telekratie“, „E-Demokratie“) genauer zu beleuchten. Burkhardts Bezeichnung der Schaufensterpolitik ist diesbezüglich – wie bereits dargelegt – sehr aufschlussreich und erhält durch die Internettechnologie eine neue Dimension (vgl. beispielsweise [www.politik-sind-wir.de](http://www.politik-sind-wir.de)). Medialität wird damit zum Politikum. Diskursanalytische Verfahren sind durch die entwickelten Methoden in der Lage, auch diese Dimension in die Analyse zu integrieren.